



G7-Staaten pfeifen auf Klimaziele: Rekordsubventionen für fossile Energien!

G7-Staaten erhöhen klimaschädliche Subventionen trotz Klimazielen. Experten fordern Umdenken bei der Energiepolitik.

Berlin, Deutschland - Die G7-Staaten, einschließlich Deutschland, setzen ihre klimaschädlichen Subventionen ungebremst fort, trotz ihrer eigenen Ankündigungen aus dem Jahr 2016, diesen Trend bis 2025 zu stoppen. Laut einer Analyse von Greenpeace, die auf Daten des Internationalen Währungsfonds (IWF) basiert, stiegen die Steuervergünstigungen für Kohle, Öl und Gas in den G7-Ländern von 2016 bis 2023 um 15 Prozent auf etwa 1,4 Billionen US-Dollar. Deutschland verzeichnete einen der höchsten Anstiege mit 49 Prozent – nur Italien hat mit 166 Prozent stärker zugelegt. Diese alarmierenden Zahlen entlarven die Absurdität der deutschen Subventionspolitik, die sogar in Krisenzeiten klimaschädliches Verhalten fördert, wie **diese Quelle berichtet**.

Der russische Überfall auf die Ukraine hat die Energiepreise in die Höhe getrieben, was zu einer Erhöhung der Subventionen für fossile Brennstoffe geführt hat. Im Jahr 2023 entfiel allein in Deutschland mit 32 Milliarden Euro ein beachtlicher Teil der fossilen Subventionen auf lediglich vorübergehend angedachte Maßnahmen wie die Gas- und Strompreisbremse. Kritiker warnen, dass der Staat stattdessen sozial gerechte Klimamaßnahmen anstreben sollte, um die Bürger zu entlasten, anstatt sie für klimaschädliches Verhalten zur Kasse zu bitten. In

den USA beispielsweise belaufen sich die Zuschüsse für fossile Energieträger auf unglaubliche 790 Milliarden Dollar, gefolgt von Japan und Deutschland, wie **IWD darauf hinweist**.

Die Bundesregierung gibt jedoch nicht nur Geld für fossile Energien aus. Jedes Jahr fließen auch Milliarden als Finanzhilfen und Steuervergünstigungen in verschiedene Bereiche, vor allem zur Förderung von umweltfreundlichen Technologien. Im Jahr 2024 sind 67 Milliarden Euro für derartige Maßnahmen geplant. Dies zeigt sich besonders in der dramatisch gestiegenen Förderung für energieeffiziente Gebäude, die von 3,9 Milliarden Euro im Jahr 2021 auf rund 18,8 Milliarden Euro im kommenden Jahr ansteigen soll. Dennoch bleibt unklar, ob die angekündigten Maßnahmen tatsächlich effizient und wirksam sind, insbesondere, da viele Altsubventionen nicht befristet sind und somit regelmäßig überprüft werden müssen.

Details	
Vorfall	Umwelt
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www2.oekonews.at • www.iwd.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at